

GRIECHENLANDS MARTYRIUM GEHT WEITER

„Die EU-Kommission bleibt an der Seite Griechenlands, muss aber gleichzeitig sicherstellen, dass das Land seinen Verpflichtungen nachkommt. Das diesbezügliche Monitoring ist jedoch kein viertes Programm“, so die Bilanz des EU-Währungskommissars Moscovici, der die „Rettung“ Athens als europäische Erfolgsgeschichte sieht.

■ **Michel Husson**

Das dritte „Rettungspaket“ für Griechenland (Memorandum of Understanding) endet im August 2018, womit das Land allerdings noch nicht aus dem Schneider wäre. Das zwischen Griechenland und seinen Gläubigern getroffene Schlussabkommen beinhaltet im Grunde dreierlei Fallstricke oder bewusste Täuschungen. So werden die sozialen Auswirkungen einer zehn Jahre währenden blinden Austeritätspolitik verschwiegen, die angenommenen wirtschaftlichen Zukunftsdaten sind wenig plausibel und Griechenland soll auf unbestimmte Zeit unter Kuratel gestellt werden.

Die Heuchler in Brüssel

Die über das Abkommen weithin verbreitete Erleichterung wirkt vor dem Hintergrund der griechischen Misere geradezu obszön. Den Vogel schießt Pierre Moscovici ab, der auf seinem Blog schreibt: „So wie Odysseus schließlich nach Ithaka zurückgekehrt ist, erreicht Griechenland jetzt sein Ziel, zehn Jahre nach dem Beginn einer langen Rezession. Endlich kann das Land aufatmen, auf seine Anstrengungen zurückblicken und wieder voll Vertrauen auf die Zukunft schauen.“ Diese ostentative Selbstzufriedenheit ist nicht hinnehmbar und ein wirklich erbärmliches Nachtreden auf ein Volk, das man vorsätzlich malträtiert hat. Der EU-Kommissar lobt die Opfer, die das griechische Volk

gebracht hat als unvermeidlich, um „die größte Gefahr dieser Odyssee zu umschiffen, die für ihn nicht das Elend, die Arbeitslosigkeit, die Erkrankungen und Selbstmorde oder die Zwangsauswanderungen waren, sondern „das Monster namens Grexit“.

Der „Konformitätsbericht“ der Europäischen Kommission zollt denn auch ein ausführliches Lob, in dem er Punkt für Punkt die vorbildliche Umsetzung der mit dem „Hilfspaket“ verbundenen Auflagen durch die griechische Regierung benennt. Dieser Text ist ein Musterbeispiel eines unerträglichen „Neusprechs“, wenn es etwa über das öffentliche Gesundheitswesen heißt, dass „die Behörden ihre Verpflichtung erfüllt haben, die Gesamtausgaben für das Gesundheitswesen weiter zu rationalisieren“. Ein ungeheuerlicher Zynismus angesichts der realen Situation, die so aussieht: „Das staatliche griechische Gesundheitssystem ist durch ein Maßnahmenpaket zerstört worden, das von den Gläubigern Griechenlands in den Bereichen der Primär- und Sekundärversorgung sowie in der Medikamentenversorgung seit 2010 auferlegt worden ist“, wie die Wissenschaftlerin Noëlle Burgi in einer sorgfältigen Recherche schreibt.

Ein Inferno

Eine in Athen angestellte Untersuchung liefert ein erschütterndes Bild über die dortigen Lebensumstände. 43 % der

Haushalte können es sich nicht leisten, ihre Wohnung zu heizen; 52 % sind außerstande, eine unvorhergesehene Anschaffung über 500 Euro zu tätigen und 49 % können sich keinen Urlaub leisten. 60 % der Befragten sind seit über zwei Jahren arbeitslos und nur 10 % erhalten Arbeitslosengeld – monatlich 360 Euro.

Zwischen 2010 und 2014 hat sich dort die Einnahme von Psychopharmaka um das Fünfunddreißigfache erhöht, die von Benzodiazepinen wie Valium um das Neunzehnfache und von Antidepressiva um das Elffache, wie *Le Monde diplomatique* schreibt.

Wie das Volk unter solchen Bedingungen „wieder voll Vertrauen auf die Zukunft schauen“ soll, bleibt Moscovicis Geheimnis.

Morgenthau – reloaded

Ist schon die Verdrängung der Realität hierbei schier unerträglich, so sind die Annahmen in diesem Abkommen bezüglich der wirtschaftlichen Entwicklung schlichtweg fernab der Realität. Wieder werden dieselben Daten zugrunde gelegt, die sich seit 2010 als irrig erwiesen haben. Angenommen wird ein Primärüberschuss, der mit zunehmendem Wachstum ansteigt. Dieser Primärüberschuss, also die Differenz zwischen den Einnahmen und den Ausgaben des Staates abzüglich der Zinszahlungen für die Staatsschulden, ist dabei die entscheidende Variable, von der die Zahlungsfähigkeit Griechenlands gegenüber den Gläubigern abhängt. Als folgsamer Schüler hat Griechenland diese Vorgaben bisher sogar übererfüllt. Statt der erwarteten 0,5 % des BIP in 2016 kam es auf 3,9 % und in 2017 statt 2 % auf 4,2 %.

Um ihren Gläubigern entgegenzukommen, hat die griechische Regierung eine mittelfristige Haushaltsplanung vorgelegt, die von der EU-Kommission in ihrem Konformitätsbericht abgesegnet wurde. Diese Planung ist komplett unrealistisch und legt ein Wachstum zugrunde, das bis 2020 auf 2,6 % steigt, um dann bis 2022 auf 1,9 % zurückzugehen. Ist bereits diese Annahme mehr als optimistisch, wird es erst recht abenteuerlich, wenn der angenommene Primärüberschuss von 2018 bis 2022 von 3,5 % des BIP auf 4,3 % steigen soll.

Eine solche Vorhersage liegt komplett außerhalb der Normen und man könnte hier die Formulierung anwenden, die der Europäische Rechnungshof in seinem Bericht über das Eingreifen der EU-Kommission in die griechische Finanzkrise gebraucht hat: „Die Kommission hat makroökonomische und budgetäre Hochrechnungen unabhängig voneinander getroffen, ohne sie in ein Modell einzubet-

ten.“ Es ist jedoch eine reine Fiktion, anzunehmen, dass ein solches Modell existieren könnte, in das eine solche Hochrechnung eingebettet werden könnte. Alle ernsthaften Wirtschaftler wissen, dass ein solcher Primärüberschuss nicht lange aufrechterhalten werden kann. In seiner Analyse über die Tragfähigkeit der griechischen Verschuldung verwies der IWF 2016 darauf: „Ein Haushaltsüberschuss von 3,5 % ist nur schwer zu erreichen und langfristig beizubehalten, besonders wenn eine lange Rezession vorangegangen ist und eine hohe strukturelle Arbeitslosigkeit besteht.“

Keine Aussicht auf einen Aufschwung

Statt die Energie darauf zu verschwenden, die mutmaßlichen Fehler zu kritisieren, die den Autoren dieser haarsträubenden Szenarien unterlaufen sind, sollte man besser ohne Umschweife darauf hinweisen, dass diese nützlichen Idioten im Grunde nichts zu vermelden haben. In technokratischer Manier basteln sie an der einzig relevanten Zahl herum, nämlich dem Primärüberschuss, weil sich darin Griechenlands Fähigkeit zeigt, für die Zinsen aufzukommen. Und nur das zählt. Die Kehrseite von diesem Aderlass sind weitere Strukturreformen, namentlich sinkende Sozialausgaben, was in Griechenland besonders die Renten betreffen wird, und die Blockierung notwendiger öffentlicher Investitionen.

Ein solches Szenario lässt keine Aussicht auf ein Wirtschaftswachstum zu. Bis zur Krise zogen die Investitionen eine höhere Arbeitsproduktivität nach sich. Seit der Krise hat sich diese wieder gedrittelt und liegt allenfalls auf dem Niveau von 1990. Tatsächlich ist Griechenland eines der wenigen, vielleicht sogar das einzige Land, in dem die Arbeitsproduktivität zurückgeht, und zwar um 1 % pro Jahr. Diese Tendenz wird nur schwer umzukehren sein, da die treibenden Kräfte gegangen sind: Ungefähr ein Drittel der Bevölkerung zwischen 15 und 29 – zumeist qualifizierte Leute – haben das Land verlassen. Dieser substantielle Verlust wird das demographische Ungleichgewicht weiter verschärfen und damit auch die Auswirkungen der Rentenreform, zumal auch die Geburtenrate seit Ausbruch der Krise zurückgegangen ist.

Die Handelsbilanz Griechenlands ist heute nahezu ausgeglichen. Dies wurde aber nicht durch einen Aufschwung der Exporttätigkeit erzielt, die durch die berühmt-berühmten „Reformen“ angeheizt werden sollte, sondern ist auf die automatisch sinkenden Importe während der Krise zurückzuführen. Jeder Wirtschaftsaufschwung hätte wieder ein Handelsbilanzdefizit zur Folge, da das Land besonders von Investitionsgütern abhängig ist. Ohnehin wäre das

ausländische Kapital natürlich sehr zurückhaltend damit, ein solches Defizit zu finanzieren.

Welches Schicksal dem Land blüht, zeigt ein Blick auf die Exporte Griechenlands. Ein wenig vereinfacht liegen seine größten spezifischen Ressourcen in der Handelsflotte – wobei die griechischen Reeder jedoch kaum Steuern zahlen und die Häfen nach und nach an chinesische oder sonstige Investoren verkauft werden – und im Tourismus. Dieser ist nahezu der einzige wachsende Wirtschaftssektor und erbrachte 2016 ein Viertel der Exportleistung und 7,5 % des BIP. Nimmt man die durch den Tourismus induzierten Effekte auf die übrige Wirtschaft hinzu, so kommt man für 2016 sogar auf einen Wert von 18,6 % des BIP, wie das *World Travel & Tourism Council* berichtet. Sogar fast ein Viertel (23,4 %) aller Arbeitsplätze sind an die Tourismusindustrie gekoppelt. Damit wäre die Lösung wohl gefunden: Mit attraktiven Tarifen immer mehr Touristen anziehen, die Risikoländer inzwischen meiden.

Eine untragbare Verschuldung

Die Verhandlungen über die griechische Verschuldung sind im Grunde ein Trugbild. Niemand glaubt ernsthaft an die mittel- oder langfristige Tragbarkeit der Schulden. Der IWF hat sich herausgezogen, weil er nicht daran glaubt, und selbst die EU-Kommission hat diskrete Vorbehalte geäußert. Die Eurogruppe tut so, als glaube sie, dass sich die Tragbarkeit der Schulden wiederherstellen ließe, indem sie behauptet, dass die Verschuldung von 188,6 % des BIP in 2018 zunehmend abnehmen würde auf 168,9 % in 2020, dann 131,4 % in 2030 und 96,8 % in 2060.

Dies ist aber wieder nur ein Zahlenspiel, um jedwede Annullierung der Schulden zurückweisen zu können. Die

Weigerung der Gläubiger gründet nicht darauf, dass sie selbst ihre Szenarien für valide halten, sondern einzig und allein darauf, dass sie ihren griechischen Schuldner disziplinieren wollen. Ihnen geht es letztlich nur darum, ein Maximum an Geld wieder herauszuholen und eventuelle Verluste so weit als möglich hinauszuschieben.

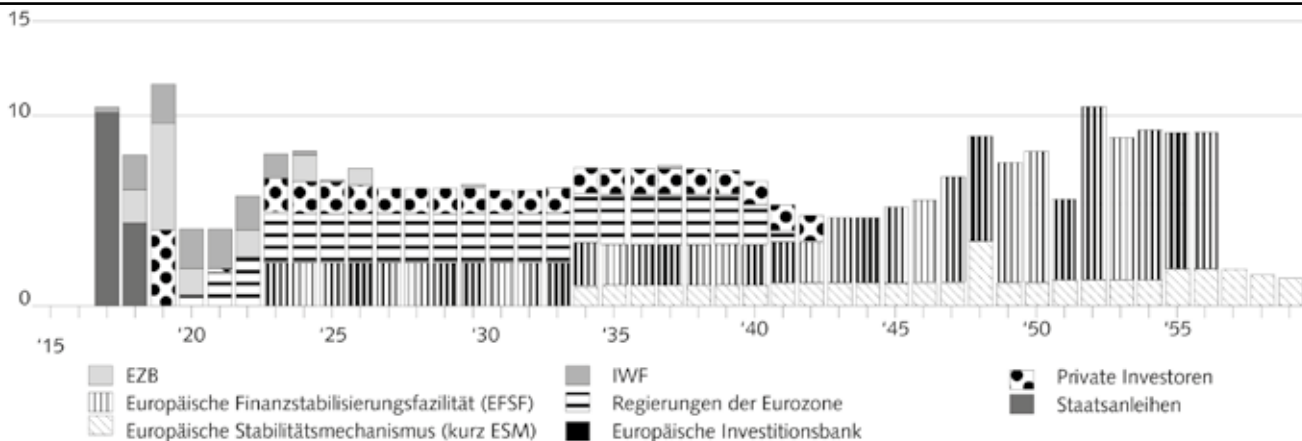
Um sich dies klarzumachen, muss man nur den nachfolgenden Tilgungsplan studieren, der im *Wall Street Journal* regelmäßig auf der Seite *Greece's Debt Due* gepflegt wird. Das Verlaufsprofil ist aberwitzig. Nach einem leichten Rückgang auf 8 Mrd. Dollar in 2018 steigen die Rückzahlungen 2019 auf fast 12 Mrd., um in den beiden Folgejahren auf je 4 Mrd. zu fallen. Dann geht es weiter wie auf einer Achterbahn, wobei nach 2040 ein leichter Abfall besteht und es dann fünf Jahre lang wie ein Feuerwerk abgeht, bis 2060 die Schulden endgültig getilgt sind (mit einer kleinen Entlastung in 2051). (siehe Grafik)

Das chaotische Verlaufsprofil liegt daran, dass die einzelnen Gläubiger die Schulden unterschiedlich handhaben. Die Verschuldung Griechenlands liegt heute bei 294 Mrd. Dollar, die wie folgt verteilt sind:

Europäische Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF)	131
Regierungen der Eurozone	53
Europäische Stabilitätsmechanismus (kurz ESM)	37
Private Investoren	34
Inhaber von Staatsanleihen	15
IWF	12
Europäische Investitionsbank	12

Hätten sich die europäischen Staaten und Institutionen, die 80 % der griechischen Schulden halten, nicht darauf verständigen können, wenigstens die Deadline in 2019

TILGUNGSPLAN DER GRIECHISCHEN STAATSSCHULDEN



aufzuweichen, wenn „der Refinanzierungsbedarf des Landes für Darlehenstilgung und Zinsen auf 21 Milliarden Euro steigt“? – fragt der Europäische Rechnungshof. Die Hälfte dieses Refinanzierungsbedarfs ist deckungsgleich mit den Schulden bei der EZB, dieselbe, die sich weigert, griechische Schuldverschreibungen zu kaufen. Ein Teil der Gewinne aus dem Ankauf dieser griechischen Schuldentitel durch Länder der Eurozone soll Griechenland letztlich gutgeschrieben werden, aber nur tröpfchenweise. Das Abkommen sieht trotzdem einen Liquiditätspuffer von 15 Mrd. Euro vor (wogegen das deutsche Parlament stimmte), was letztlich ein Eingeständnis darstellt, dass der Zeitplan nicht realistisch ist.

Somit sind alle Voraussetzungen gegeben, dass sich der teuflische Schneeballmechanismus wiederholt: Griechenland muss wieder Geld auf den Märkten aufnehmen, um seine Fälligkeiten zu bedienen, nunmehr aber zu einem Zinssatz von 3, 4 oder 5 %.

Ein offenes Geheimnis

Klaus Regling, der geschäftsführende Direktor des ESM zieht natürlich eine positive Bilanz aus dem Vorgehen der Eurogruppe. In einer Rede vor der Hellenic Bank Association am 12. Juni „gratuliert er dem griechischen Volk und seinen Politikern für diese Entwicklung zu einer moderneren Wirtschaft“. Das jetzige Ziel ist, dass Griechenland Zugang zu den Märkten bekommt, nachdem das (Reform-)Programm erfüllt ist. Dies ist wichtig für Griechenland, aber auch, nebenbei bemerkt, für die von ihm geführte Institution, weil sie „der größte Gläubiger“ des Landes ist. Es trifft zu, dass Standard & Poors's am 25. Juni Griechenlands Verbindlichkeiten von B nach B+ hochgestuft hat, was freilich nichts daran ändert, dass sich das Land zu erhöhten Zinsen refinanzieren muss. Denn wer würde schon Griechenland Geld leihen, ohne „zum Ausgleich“ eine Risikoprämie einzustreichen.

Aber Regling verhehlt auch nicht eine gewisse Sorge. „Erlauben Sie mir, dass ich zugleich darauf hinweise, dass Griechenlands Marktzutritt weiterhin auf tönernen Füßen steht. Um das Vertrauen der Investoren zu erhalten, muss das Land zeigen, dass es die Reformen voll und ganz umsetzt, aber selbst das könnte im Falle Griechenlands nicht ausreichen.“ Daher bedarf es einer Kontrolle, die besonders über das Frühwarnsystem des ESM funktioniert, und diese Kontrolle muss im Falle Griechenlands „engmaschiger und umfassender sein als in irgendeinem anderen Land.“

Ein paar Tage später erläutert er seine Beweggründe in einem recht bissigen Interview. Auf die Frage, ob

man die Schulden Griechenlands als langfristig tragfähig bezeichnen kann, antwortet Regling mit Nein und ließ sich anschließend recht hochtrabend über die mittelfristigen Maßnahmen aus. Seine vielsagende Antwort auf die Frage, wie lange Griechenland an den Reformen festhalten müsse, um das Vertrauen der Märkte zu gewinnen, lautete: „Die Umsetzung der Reformen ist eine Daueraufgabe, die nie zu Ende geht. Dies gilt für alle Länder auf der Welt, für die gesamte EU und daher auch für Griechenland. Für Griechenland vielleicht ein wenig mehr aufgrund der jüngeren Geschichte der griechischen Wirtschaft, die eine schwierige Anpassungszeit hinter sich hat.“

Weiterhin unter Kuratel

Der Chef der ESM wird noch präziser: Die Kontrolle Griechenlands durch das Frühwarnsystem „wird solange andauern, bis das ganze Geld zurückbezahlt ist.“ – „Also bis 2060?“, fragt der Interviewer und Regling antwortet: „Ja. Die Kommission wird aufhören, wenn 75 % beglichen sind, aber wir nicht. Wir werden bis zur letzten Fälligkeit kontrollieren.“ Und es wird sogar eine „verschärfte Kontrolle“ geben mit „einer vierteljährlichen Auswertung“, die für „eine bestimmte Anzahl von Jahren“ stattfindet.

Die Schlusserklärung der Eurogruppe vom 22. Juni enthält sogar eine Wiedervorlageklausel: „Die Eurogruppe wird bis zum Ende der Tilgungstreckung der Fazilität (FESF) 2032 prüfen, ob zusätzliche Maßnahmen erforderlich sind.“ Diese Kontrolle dient dazu, zu überprüfen, dass „die Verpflichtungen eingehalten werden und dass es keinen Rückzieher bei den wichtigen Reformen gibt, die notwendig sind, um Griechenland auf den Weg zu einem stärkeren Wachstum zu bringen.“ Kurzum, Griechenland bleibt unter der Knute.

Dieser Pseudovertrag zwischen Griechenland und seinen europäischen Gläubigern ist als ein definitiver Ausstieg aus der Krise präsentiert worden. Dies ist doppelt falsch. Erstens können damit nicht die Schäden beseitigt werden, die der griechischen Gesellschaft systematisch zugefügt worden sind und deren Auswirkungen fortauern. Und zweitens eröffnet sich dadurch keine neue Perspektive für die griechische Wirtschaft. Und über diese beiden Punkte schweigt sich das Abkommen aus.

■ Übersetzung: MiWe

